

Die Volksstimme
erschint täglich abends mit Aus-
nahme der Sonn- und
Festtage.
Verantwortlicher Redakteur
(mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt):
Friedr. Bahle, Magdeburg.
Verlag von B. Garbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Verlagspl.: Schmiedehofstr. 5/6.
Fernsprech-Anschluss
Nr. 1567, Amt I.
Druck von E. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Prämumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Bierzeitung inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
Der Kreuzband in Deutschland
monatl. 1 Exempl. 1.70 Mt.
2 Exempl. 2.90 Mt.
In der Expedition u. den Ver-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2.50 Mt.
inkl. Bestellgeld.
Einzelne Nummern 5 Pf., mit
Neue Welt 10 Pf.
Belegblätter Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 181.

Magdeburg, Donnerstag, den 5. August 1897.

8. Jahrgang.

Heute liegt die Frauen-Post bei.

Vom Hochwasser.

Schreckenpost über Schreckenpost kommt aus Süd-
deutschland. Die furchtbaren Wettersürze haben unermess-
liches Unglück verbreitet.

Von zahlreichen Menschenopfern und unschätzbarem
Schaden an Gut berichten die Meldungen aus den heim-
gegangenen Städten und Dörfern. Hunderten, tausenden
armer, schwer arbeitender Bauern hat das furchtbare Un-
wetter die Hoffnungen des Jahres, die Ernte auf den
Feldern verwüstet, hunderte der Proletarier sind obdach-
los und ihres ärmtlichen Haushalts beraubt. Einzelne
Fabrikstädte sind unter Wasser gesetzt, wodurch wochenlang
die Arbeit ruht, dem Arbeiter der Verdienst geraubt ist.
Wenn die vorliegende Nummer in Händen unserer
Leser ist, werden auch weite Strecken rechts und links der
Elbe in unserer Gegend unter Wasser gesetzt sein. Wie
schwer der Schaden zu bemessen ist, der durch das Hoch-
wasser entsteht, wird kaum anzugeben sein.

Allerwegen sind Hilfskomitees entstanden, die in beweg-
lichen Worten die Menschen zur Unterstützung der Ge-
schädigten und Bedrängten aufrufen. In der Norddeutschen
Allgemeinen Zeitung wird sogar für die Bildung eines
Centralkomitees gewirkt, an das, wie dies im Jahre 1888
geschähe ist, sich die lokalen Organisationen angliedern
sollen, die die Gaben je nach dem Bedarf der verschiedenen
Bezirke dort zur Verwendung bringen, wo sie am not-
wendigsten sind.

Die Bourgeoisie zeigt sich also wieder
einmal hilfsbereit!

Das Elend, das alltäglich ist, läßt die Kinder des
Reichtums und Glückes meist unbewegt; wer unter Ueber-
arbeit und Hungerlöhnen dahinsiecht, der scheint ihnen ein
natürliches, selbstverständliches Geschick zu erfüllen; aber
Unglück und Not, das sich an dramatischen Momenten
abspielt, erschüttern eher ihr Herz und finden sie hilfsbereiter.
Vielleicht wird dieser Umstand diesmal den von der
Wassernot Betroffenen zugute kommen.

Doch nicht private Wohlthätigkeit kann
hier Rettung bringen, der Staat muß seine Pflicht
erfüllen, er muß den Notleidenden reichliche Hilfe
bringen. Er ist niemals larg, wenn es gilt, den Zucker-
baronen, den Junkern und den Handelsherren Millionen
an Liebesgaben zuzuwenden. Die Not der in diesen
Tagen Heimgesuchten schreit furchtbar laut, ihr Schicksal
muß alle erschüttern, und es ist die unabweisliche Pflicht
des Kulturstaates, wenigstens die wirtschaftlichen Schäden
des jähren elementaren Unglücks gutzumachen.

Mit diesen Thatsachen rechnend, ist vom Centralorgan
unserer Partei die Einberufung des Reichstags verlangt.
Diese Forderung kann nicht nachdrücklich genug unterstüzt
werden.

**Nicht der Reichstag, sondern der Landtag soll
zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen heran
gezogen werden.** So wehren die Berliner politischen
Nachrichten die Anregungen der sozialdemokratischen Presse
ab. Ob die Unterstützung Sache des Reichs oder der
Einzelstaaten ist, hat momentan eine ganz nebensächliche
Bedeutung. Der Reichstag hat sich mit den Hochwasser-
schäden von 1888 und 1889 beschäftigt, und da er un-
fähig ist, Uebererwägungen, für Flußregulierung, Waldbe-
wahrung usw., so ist er auch folgerichtig kompetent für
direkte Hilfeleistung. Doch das ist eine untergeordnete
Frage. **Glauben die Einzelstaaten, das es ihre Pflicht
ist, für die Opfer der Katastrophe einzutreten, warum
werden nicht die Landtage sofort berufen? Denn die
vorhandenen Mittel der Regierungen reichen nicht aus.
Nur Hilfe! Schnelle Hilfe! Und Reichs- und Staats-
hilfe, anstatt des Privatbittels! Oder haben bloß die not-
leidenden Agrarier und Zuckerbarone Anspruch auf Staats-
unterstützung?**

Einer für alle und alle für einen. Unter dieser
Devise fordert die Magdeburgische Zeitung zur thätig-
sten privaten Unterstützung der durch das Hochwasser ge-
schädigten Personen auf. In Bezug auf die von der
sozialdemokratischen Presse angeregten Ein-
berufung des Reichstages bemerkt das nationalliberale
Blatt: „Von verschiedenen Seiten ist angeregt, den Reichs-
tag zu einer außerordentlichen Tagung zusammenzurufen zu
erzählen, damit er über eine Vorlage wegen Unterstützung
der durch das Hochwasser Geschädigten Beschluß fasse.“
Der Gedanke macht dem guten Herzen derer, die ihn
für sich, alle Ehre. Hier und da mag freilich auch der
Vorwurf auf die nahen Wahlen auf die Entstehung des
Voranschlags nicht ohne Einfluß geblieben sein.“ Diese
Unterstützung ist zu erbärmlich, um ernsthaft hierauf zu
regieren. Die Vertreter der Liebesgabenempfänger witzeln
etwa: „Ganzlich.“

Der materielle Schaden, den die Katastrophe in
Schlesien verursacht hat, ist anfänglich auf 12 Millionen
Mark geschätzt worden, doch dürfte diese Summe viel zu
niedrig gegriffen sein, denn (so schreibt der Niederschlesische
Anzeiger) im Hirschberger Kreise allein wird der Schaden
auf 5 Millionen geschätzt, im Löwenberger Kreise auf
1 Million Mark, im Meißner Kreise auf 1 Million Mark,
im Kreise Sagan auf 1 1/2 Millionen Mark. Zieht man
in Betracht, daß aus anderen nicht minder hart betroffenen
Kreisen, wie Sprottau, Bautzen, Rothenburg, Görlitz, aus
der Grafschaft Glatz usw. noch keine annähernden Be-
rechnungen des Schadens vorliegen, so wird man, um
den Gesamtschaden zu beziffern, weit über 12 Millionen
Mark greifen müssen, vielleicht sind 20 Millionen Mark
noch zu wenig.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

In der Sauregurrenzeit beschäftigen sich bürgerliche
Blätter mit der Neubefestigung des Reichskanzleramts.
Die Nachrichten fliegen nur so hin- und herüber. Spaf-
haftes Gaulekspiel.

Der frühere Staatsminister v. Röller ist Ober-
präsident der Provinz Schleswig-Holstein geworden.
Während man bisher die Oberpräsidenten dieser Provinz
aus dem Lande selbst oder aus den westlichen Provinzen
entnommen hat, ist diesmal auf gütliche Weise mit der
bisherigen Uebung gebrochen worden, indem ein typischer
Dielstier an die Spitze der Verwaltung des Südschles-
wig-Holsteins berufen wurde. In ein Land mit der freiheits-
liebendsten Bevölkerung Deutschlands, mit einer auf-
geweckten, modernen Anschauungen zugeneigten Bauern-
schaft wird ein Mann als oberster Vertreter der Regie-
rung gesandt, der im Denken, Fühlen, Anschauungen der
Bevölkerung fremd gegenübersteht.

Wie Papa Staat über die Koalitionsfreiheit der
in staatlichen Betrieben angestellten Arbeiter denkt, geht
aus der Maßregelung des Postassistenten-Verbandes her-
vor. Der Deutschen Postzeitung zufolge hat in Darm-
stadt der Postrat Wianick den Mitgliedern, welche auf
der Oberpostdirektion beschäftigt waren, eröffnet, daß sie
sämtlich binnen kurzem veretzt würden, wenn sie nicht
aus dem Verbande ausscheiden würden; denn, so sagte
der Herr Postrat, „Leute, welche dem Verbande angehören,
sind nicht würdig, in diesen Vertrauensstellungen bei der
Oberpostdirektion belassen zu werden.“ Sofort wurden
dann auch drei Mitglieder veretzt, unter denen sich auch
der Erste Schriftführer befand. Einige Tage später wur-
den noch sechs Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zum
Verbande vernommen und aufgefordert, aus dem Ver-
bande auszutreten.

Chronik der Majestätsbeleidigungen.

Wegen eines Flugblattes des Reichstagsabgeordneten
Schmidt in Frankfurt, das einen Reichstagsabgeordneten
die Wähler enthielt, soll eine auf Majestätsbeleidigung
lautende Anklage angestrengt werden. Es handelt sich
um die Stelle, wo vom „König Stumm“ die Rede ist.
Außerdem erblüht die Staatsanwaltschaft in mehreren
Sätzen der Flugchrift „Aufreizung zum Klassenhaß.“

Zu den oberelbischen Bezirkswahlen bemerkt
die Frankfurter Zeitung: „Trotz des Eifers, mit dem von
gouvernementaler Seite gearbeitet wurde, gelang es in
einer Reihe von Wahlkreisen frisches oppositionelles Blut
in die Bezirksstage zu bringen. So siegte in Markkirch
der Sozialist Dreb glänzend über den Notabeln Dr. Wählen-
beck. Mit dem Reichstagsabgeordneten von Wühlhausen
zieht der erste Sozialist in den ober-
elbischen Bezirksstag ein. In Straßburg
hat der Sozialist Bahle alle Aussicht, bei der Nachwahl
gewählt zu werden.“ Es geht also auch in den Rhein-
landen vorwärts. Die Sucht der herrschenden Klasse
nach neuen Zwangsgesetzen wird durch das Anwachsen der
Sozialdemokratie erklärlich.

Wie notwendig der Kampf der Arbeiter um den
Arbeitslohn ist, geht aus einigen Zahlen hervor, die
Herr Dr. Bödiker (Berlin) auf dem internationalen Kon-
gress für Arbeitsunfälle und Sozialversicherung über die
im Jahre 1896 in Deutschland zur Auszahlung gelangten
Unfallversicherungssummen gegeben hat. Danach wurden
im Jahre 1896 an verunglückte Arbeiter und deren An-
gehörige die Summe von 57347673 Mark ausbezahlt,
und zwar u. a. an:

- 329 380 verwundete Arbeiter,
- 32 707 Frauen getödteter Arbeiter,
- 60 190 Kinder getödteter Arbeiter und
- 2173 Verwandte getödteter Arbeiter.

Welch ein Meer von Thränen enthalten diese Zahlen!
Hätten wir eine Gesellschaft, in der nicht der Ausbeuter-
profit mehr gilt als ein Arbeiterleben, die meisten der
Unfälle hätten vermieden werden können. Aber die Profit-
gier der heutigen Mammonskinder verlangt immer noch
mehr Freiheit der Ausbeutung. Es existiert eine Kapital-

istennique, die von ihren Vorfahren gelernt hat, vom
Kraube am arbeitenden Volke zu leben, diese möchte die
Arbeiter noch mehr unterdrücken, um aus ihrem Fleisch
und Blut blankes Gold münzen zu können.

Die Haftpflicht des Staates. Wir haben vor
einigen Tagen mitgeteilt, daß der Handelsmann D'Yong
wegen Verstoßes gegen die Gewerbeordnung zu acht Ta-
gen Freiheitsentziehung bestraft worden war und für dies
Vergehen zweimal zu brummen hatte, trotz energischen
Protestes seinerseits. Mit Recht werden bürgerliche
Blätter die Frage auf: „Wer leistet D'Yong für die im
Wege Rechts gegen ihn erfolgte unberechtigte Straf-
vollstreckung Ersatz? Der Reichstag hat bekanntlich auch
für das bürgerliche Gesetzbuch die Einführung einer Haft-
pflicht des Staates selbst für solche Fälle abgelehnt.“
Vollkommen richtig. Die bürgerlichen Blätter vergessen
nur mitzutheilen, daß ein diesbezüglicher Antrag von
der sozialdemokratischen Fraktion ein-
gebracht war, der sich auch auf die Haftpflicht der
Beamten ausdehnte. Und die bürgerlichen Parteien
waren es, die diesen Antrag niederstimmten. Also hübsch
bei der Wahrheit bleiben.

Die Petitionen der Sattler, wegen Abschaffung
der Hausindustrie, sind auch vom bayerischen und sächsischen
Kriegsministerium abgelehnt worden. War vorauszusetzen.

Die Antisemiten bekämpfen die Kandidatur des
Professor Baasche. Wohl wird anerkannt, daß Baasche
ein guter Redner und ein sehr befähigter Mann sei. Diese
Eigenschaften genügen aber nicht: „... Wir brauchen
weniger befähigte Männer als solche mit Rückgrat.“ Man
wir Sozialdemokraten sehen auf einem anderen Stand-
punkt. Wir unterstützen nur befähigte Männer mit
Rückgrat. Oder meinen die Antisemiten zum Reichstags-
abgeordneten sei jeder Dummkopf gut. Ist dieser Grund-
satz bei den Antisemiten bislang befolgt worden, wußten
wir uns gar nicht über die antisemitischen Strohhölzer
ohne Rückgrat.

Für die Errichtung von Freibänken in Ver-
bindung mit den öffentlichen Schlachthäusern hat sich nun-
mehr auch der Landwirtschaftsminister ausgesprochen.

Gegen die Sonntagsruhe.

Auf dem achten Verbandstag deutscher Lohnfuhr-
unternehmer wurde u. a. auch über die Sonntagsruhe
gesprochen. Die Post berichtet darüber: „Louis Levy-
Hamburg referierte sodann über „die Sonntagsruhe im
öffentlichen Fuhrgewerbe“. Er bezeichnete Berlin als die
Stadt, von der „das Gift, die Sonntagsruhe“ in das
Land gestreut worden ist. Den Anforderungen der Kutscher,
auf gefällige Einführung der Sonntagsruhe könne nicht
nachgegeben werden, die Verhältnisse seien dazu zu eigen-
artig im Fuhrgewerbe. Es solle jedem einzelnen Besitzer
überlassen bleiben, mit seinen Dienstboien ein besonderes
Abkommen über einen freien Tag zu treffen.“ Der zweite
Referent, Kludert-Berlin, schloß sich diesem Vorschläge an.
Der Vorstand wurde von der Versammlung beauftragt,
dieser Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken und nötigen-
falls das weitere zu veranlassen, falls die Kutscher mit
einer Petition an den Reichstag gehen sollten.“ Während
sonst die Antisemitenpresse die geringsten Verstoße der
Juden festnagelt, hält sie sich in diesem Falle in Schweigen.
Dieser Levy ist ganz nach dem Herzen der Antisemiten,
die dem armen Lohnfuhrkutscher das bishigen Sonntags-
ruhe mißgönnen. Hoffentlich lassen die Kutscher sich nicht
schrecken und kämpfen mutig fort für die Erringung der
Sonntagsruhe.

Belgien.

Die Expedition nach dem Südpol.
Die Expedition des Grafen Verriache nach dem Südpol
scheint nicht zu Stande zu kommen. Das dazu bestimmte
Schiff „Belgica“ liegt noch immer im Hafen von Ant-
werpen. Fährt es nicht bald ab, so wird es zu spät
werden, um rechtzeitig die Südpolar-Eisgrenze zu durch-
brechen. Es fehlen noch 60000 Fr.

Türkei.

Die Lage im Orient wird verschärft.
Die türkische Flotte hat Befehl erhalten, nach Areta
abzusegeln. Kurz vorher enthielt das osizijische Palastblatt
einen Aufsat, der folgendermaßen schließt: „Die Groß-
mächte müssen gegenwärtig ihre Truppen sowie ihre Flotte
aus Areta abberufen und der Pforte allein die Aufgabe
überlassen, den Frieden herzustellen, was in Zeit von
einigen Wochen geschehen kann.“ Diese türkische Frech-
heit ist von den Mächten noch nicht beantwortet.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.
Der Ausstand in der Schweinfurter Saffranblau-
fabrik ist hervorgerufen worden durch das schneidige
Aufstreten eines von Berlin dahin gekommener Betriebs-

Ingenieure. Der Herr führte auch die Frauenarbeit ein; vorige Woche kündigte er wiederum 30 Arbeitern, an deren Stelle Frauen beschäftigt werden sollen. Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Werkmeister und Vorarbeiter sind am Streik beteiligt, es sind zusammen 824 Personen. Die Streikenden verlangen die Entlassung des Ingenieurs. Ein Streik der Former und Gießerer-Arbeiter ist in der Fabrik von Hoffmann und Kühnemann in Berlin ausgebrochen. Man vermutet eine Ausdehnung des Ausstandes auf alle Betriebe, welche der Organisation des Verbandes Berliner Metallindustrieller angehören. Vorsitzender des Verbandes ist der Mitinhaber der Firma, Kommerzienrat Kühnemann. Der Bergarbeiter-Ausstand im Meuselwitz-Altenburger Revier ist beendet. Am Montag und Dienstag früh fuhrn Belegschaften an. Eine Versammlung am Dienstag vormittag hob den Ausstand auf. Leider ist nichts bewilligt, es soll jedoch in 8 bis 14 Tagen auf jeder Grube mit der Belegschaft verhandelt werden und event. Bewilligungen eintreten. Bei der Verhandlung am Sonnabend waren nur der Berginspektor Böhmisch und der Berggraf Schanz aus Zeit anwesend, beide verhandelten auch nicht mit der Kommission der Bergleute, sondern nur mit einem einzelnen Führer. Die Kommission, die sich infolge mangelhafter eingehender Gelder gezwungen sah, die Aufnahme der Arbeit zu empfehlen, legte dies der Versammlung am Sonnabend vor, die in ihrer Majorität dafür stimmte. Es herrscht unter den Bergleuten eine große Verbitterung und sind dieselben gewillt, für Aufbringung der Mittel zu sorgen, damit sie in der Zukunft gestärkter dastehen. Etwa 15 Mana sind gemäßigter, doch wird die Mehrzahl in einigen Tagen auf anderen Gruben eingestellt. Trotz der Niederlage haben die Bergarbeiter guten Mut, sie sagen sich: Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Soziales.

Arbeiterschutz in Buchdruckerien und Schriftgießereien.

Gegen die jüngste Verordnung des Bundesrats werden in Arbeiterschreien allerlei Bedenken laut. Die Hauptbedenken in dem schon früher bekannt gewordenen Entwurf der Reformregierung unter Verlesung ist nämlich glücklicherweise dem neuesten Stuns zum Opfer gefallen: der Luftraum von 15 Kubikmeter, der auch für Gießereien vorgeschrieben werden sollte und schon niedrig genug gegriffen war. Alle Arbeitshygieniker, von Girt bis zu den Neuesten, sind sich darüber einig, daß in Arbeitsräumen mit möglichem Staub, wie es der menschliche Blick aus ihm, mindestens 20 Kubikmeter Luftraum mit den Beschäftigten enthalten müssen, wenn nur einigermaßen erträgliche Verhältnisse geschaffen werden sollen. Statt dessen ist der Luftraum nur für Schriftgießereien und Stereotypisten auf 15 Kubikmeter festgesetzt, für Gießereien auf 12 Kubikmeter herabgemindert, für Nachdruckräume hingegen der sehr berechtigten Forderung der höchsten Fabrikhygiene aber gar nicht festgesetzt und auch noch bestimmt, daß für gewisse Zeiten eine noch dichtere, also noch ungesündere Belegung der Arbeitsräume gestattet werden kann. Der Luftraum der Stereotypisten gegen die 15 Kubikmeter hat also wieder einmal Erfolg gehabt und die Gesundheitspflege mit ihren Forderungen zur Belegung der Buchdruckerarbeit ist unterlegen. Ebenso ist aus der Verordnung die ursprünglich geplante Bestimmung verschwunden, daß Personen von unter 18 Jahren nur beschäftigt werden sollten, wenn durch Zeugnis eines approbierten Arztes nachgewiesen war, daß sie schwindelstark seien. Was heben geblieben ist, die gezeichneten oder belegten Fußböden, die Grundmaße, die Reinigungs- und Lüftungsvorrichtungen, das halbe Verbot der Winkeldruckerien in Stellen und Dachgeschossen, wiederum mit den nötigen Ausnahmen usw., ist ja ganz schön, aber, das hat ein bekannter Sozialhygieniker schon vor Jahren gesagt: eine gute Gesundheitsvorsicht würde alle diese Dinge auch ohne ausdrückliche Vorschriften durchdringen, bei der mangelhaften Hygiene, die wir wenigstens in Preußen noch haben, wird auch vieles von dem jetzt Verordneten auf dem Papier stehen bleiben. Ohne ernstliche Aufsicht giebt es auch keinen ernsthaften Arbeiterschutz, und dessen Mangel leidet auch die neue Verordnung nicht das geringste. Es muß daher Aufgabe der Gewerkschaften sein, die bundesrätliche Verfügung, so wenig sie auch direkt festgelegt zu werden und einzige Verfüge gegen dieselbe geeigneten Falls zur Sprache zu bringen. Zur besseren Orientierung legen wir hier die Verordnung in ihrem Wortlaut folgen:

Fenilleton.

Die Leute von Hemsloe.

Eine Geschichte aus dem Süden von A. Strindberg, aus dem Schwedischen überetzt von Georg Gärtner.

Nachdem das Frühfrühl vorüber war, kam die Bäuerin wieder in die Küche, um zu fragen, ob Carlsson und Gustav nun einmal mit in den Kuhstall und in die Scheune gehen wollten, um die Bereinigung der Arbeiten zu besprechen und gemeinschaftlich zu überlegen, was getan werden mußte, um dem Hof wieder anzufassen, dann wurde man in der Küche eine Weile miteinander lesen.

Manqust streckte sich in seiner ganzen Länge auf der Bank aus und zündete sich seine Pfeife an. Niemand holte seine Harmonika und läste sich, auf einer Bank im Kuhstall sitzend, auf diesem Instrument, während sich die anderen in die Scheune und Ställe begaben.

Hier lag Carlsson mit einer großen Schere seine schärfsten Erwartungen noch weit überworfen. Zwei Jahre lagen im Mist auf den eingebogenen Rücken und dort, wo die Schere, weil sie kein anderes Fell mehr hatten. Jeder Versuch, die Tiere zum Anspringen zu bewegen, erwies sich als nutzlos, und nachdem er und Gustav sich noch bemüht hatten, auf die Weide zu bringen, wurde das für ihn ein Recht unter den Händen gegeben, wurden sie schließlich ihrem Schicksal überlassen. Scherling schüttelte Carlsson den Kopf wie ein erschauerter Kopf, der von einem Stierbein kommt; aber seine gute Rat und seine Bedenken überlegte sparte er sich für später auf.

Mit dem Oktober war es noch schlimmer bestellt, denn sie hatten gerade das Frühjahrsfrühligen hinter sich. Da Schafe hatten nichts anderes zu beugen, als den Kopf der schon längst abgestreiften Lämmer.

Die Scherme waren so mager wie Jagdhunde; die Scherer ließen da stehen, wo sie nicht geführten; die Scherer lagen überall und das Regen ließ in kleinen Röhren auf allen Seiten.

Da alles so verabschiedet und hermitagekommen worden war, erklärte Carlsson, daß hier nichts anderes mehr zu tun sei, als das Meist anzugehen.

Sechs Kühe, die Milch geben, sind besser als zwölf

Bekanntmachung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckerien und Schriftgießereien.

Auf Grund des § 120e der Gewerbe-Ordnung hat der Bundesrat folgende Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Buchdruckerien und Schriftgießereien erlassen:

I. Auf Räume, in welchen Personen mit dem Setzen von Lettern oder mit der Herstellung von Lettern oder Stereotypplatten beschäftigt werden, finden folgende Vorschriften Anwendung:

1. Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer als einen halben Meter unter dem ihn umgebenden Erdboden liegen. Ausnahmen dürfen durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden, wenn durch zweckmäßige Isolierung des Bodens und ausreichende Licht- und Luftzufuhr den gesundheitlichen Anforderungen entsprochen ist. Unter dem Dache liegende Räume dürfen als Arbeitsräume nur dann benutzt werden, wenn das Dach mit geeigneter und verputzter Beschichtung versehen ist.

2. In Arbeitsräumen, in welchen die Herstellung von Lettern und Stereotypplatten erfolgt, muß die Zahl der darin beschäftigten Personen so bemessen sein, daß auf jede mindestens fünfzehn Kubikmeter Luftraum entfallen. In Räumen, in welchen Personen nur mit anderen Arbeiten beschäftigt werden, müssen auf jede Person mindestens zwölf Kubikmeter Luftraum entfallen. In Fällen vorübergehenden außerordentlichen Bedarfs kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag des Unternehmers eine dichtere Belegung der Arbeitsräume für höchstens dreißig Tage im Jahre insoweit gestatten, daß mindestens zehn Kubikmeter Luftraum auf die Person entfallen.

3. Die Räume müssen, wenn auf eine Person wenigstens fünfzehn Kubikmeter Luftraum kommen, mindestens 2,60 Meter, andernfalls mindestens 2 Meter hoch sein. Die Räume müssen mit Fenstern versehen sein, welche nach Zahl und Größe genügen, um für alle Arbeitsstellen ausreichendes Licht zu gewähren. Die Fenster müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Zwecke der Lüftung ausreichend geöffnet werden können. Arbeitsräume mit jährlich laufender Decke dürfen im Durchschnitt keine geringere als die im Absatz 1 bezeichnete Höhe haben.

4. Die Räume müssen mit einem dichten und festen Fußboden versehen sein, der eine leichte Beseitigung des Staubes auf einfachem Wege gestattet. Holzene Fußböden müssen glatt gehobelt und gegen das Eindringen der Risse geschützt sein. Die Wände und Decken müssen, soweit sie nicht mit einer glatten abwaschbaren Beschichtung oder mit einem Delfarbenanstrich versehen sind, mindestens einmal jährlich mit Kalt frisch angefeuchtet werden. Die Beschichtung und der Delfarbenanstrich müssen jährlich einmal abgewaschen und der Delfarbenanstrich, wenn er lackiert ist, mindestens alle 10 Jahre, wenn er nicht lackiert ist, alle 5 Jahre erneuert werden. Die Seherpulte und die Regale für die Lettern müssen entweder ringförmig dichtschließend auf dem Fußboden aufliegen, so daß sich unter denselben kein Staub ansammeln kann, oder mit so hohen Füßen versehen sein, daß die Reinigung des Fußbodens auch unter den Füßen und Schrittnägeln leicht ausgeführt werden kann.

5. Die Arbeitsräume sind täglich mindestens einmal gründlich zu lüften. Ferner ist dafür Sorge zu tragen, daß in ihnen ein ausreichender Luftwechsel während der Arbeitszeit stattfindet.

6. Die Schmelzherde für das Lettern- und Stereotypmetall sind mit gut ziehenden, ins Freie oder in einen Schornstein mündenden Abzugsvorrichtungen (Jugentzügen) für entweichende Dämpfe zu versehen. Das Regieren des Metalls und das Ausschmelzen der sogenannten Kräfte darf nur in besonderen Arbeitsräumen, in anderen nur nach Entfernung der mit diesen Vorrichtungen nicht beschäftigten Arbeiter erfolgen.

7. Die Räume und deren Einrichtungen, insbesondere auch Wände, Gesimse, Regale sind zweimal im Jahre gründlich zu reinigen. Die Fußböden sind täglich mindestens einmal durch Abwaschen oder feuchtes Abreiben vom Staube zu reinigen.

8. Die Letternständer sind, bevor sie in Gebrauch genommen werden und solange sie in Benutzung stehen, nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahre zu reinigen. Das Ausschlagen der Kräfte darf nur mittelst eines Blechbals im Freien stattfinden und jugendlichen Arbeitern nicht übertragen werden.

9. In den Arbeitsräumen sind mit Wasser gefüllte und täglich zu reinigende Seuchbüchsen, und zwar mindestens einer für je fünf Personen, anzufertigen. Das Ausputzen auf den Fußböden ist von den Arbeitern zu unterlassen.

10. Für die Setzer, sowie die Gießer, Volierer und Schleißer sind in den Arbeitsräumen oder in deren unmittelbarer Nähe in zweckentsprechenden Räumen ausreichende Beiseinrichtungen anzubringen und mit Seife auszurüsten; für jeden Arbeiter ist mindestens mindestens ein kleines Handtuch zu liefern. Soweit nicht genügende Beiseinrichtungen mit fließendem Wasser vorhanden sind, muß für höchstens je fünf Arbeiter eine Beiseinrichtung eingerichtet werden. Es muß immer dafür Sorge werden, daß bei der Beiseinrichtung kein warmes Wasser in mehrfachen Mengen vorhanden ist und daß das gekühlte Wasser an Ort und Stelle ausgegossen werden kann. Die Arbeitgeber haben mit Sorge darauf zu halten, daß die

Arbeiter jedesmal, bevor sie Nahrungsmittel innerhalb des Betriebes zu sich nehmen oder den Betrieb verlassen, von der vorhandene Beiseinrichtung Gebrauch machen.

11. Kleidungsstücke, welche während der Arbeitszeit abgelegt werden, sind außerhalb der Arbeitsräume aufzubewahren. Innerhalb der Arbeitsräume ist die Aufbewahrung nur gestattet, wenn dieselben in verschließbaren oder mit einem dicht schließenden Vorhänge versehenen, gegen das Eindringen von Staub geschützte Schränken erfolgt. Die letzteren müssen während der Arbeitszeit geschlossen sein.

12. Alle mit erheblicher Wärme-Entwicklung verbundenen Beiseinrichtungen sind derart anzuordnen oder mit solche Schutzvorrichtungen zu versehen, daß eine belästigende Wärme-Ausstrahlung nach den Arbeitsstellen vermieden wird.

13. Der Arbeitgeber hat, um die Durchführung der unter Ziffer 8, 9 Absatz 2, 10 Absatz 3 und 11 getroffenen Bestimmungen zu regeln und sicherzustellen, für die Arbeiter verbindliche Vorschriften zu erlassen. Werden in einem Betrieb in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt, so sind diese Vorschriften in die nach § 134a der Gewerbe-Ordnung zu erlassende Arbeitsordnung aufzunehmen.

II. In jedem Arbeitsraum ist ein von der Ortspolizeibehörde zur Bestätigung der Richtigkeit seines Inhalts unterzeichneter Anschlag anzubringen, aus dem ersichtlich ist:

- a) die Länge, Breite und Höhe des Raumes, b) der Inhalt des Lufttraumes in Kubikmeter, c) die Zahl der Arbeiter, die demnach in dem Arbeitsraum beschäftigt werden darf.

In jedem Arbeitsraum muß ferner an einer in die Augen fallenden Stelle eine Tafel aushängen, die in deutlicher Schrift die Bestimmungen unter I wiedergiebt.

III. Für die bei dem Erlaß dieser Bekanntmachung bereits im Betriebe stehenden Anlagen können während der ersten zehn Jahre nach Erlaß dieser Bekanntmachung auf Antrag des Unternehmers Abweichungen von den Vorschriften unter I Ziffer 2 und 3 durch die höhere Verwaltungsbehörde zugelassen werden. Jedoch darf für die Arbeitsräume eine geringere als die unter I Ziffer 2 bezeichnete Höhe nur dann zugelassen werden, wenn jedem Arbeit ein Luftraum in Gießereien von mindestens fünfzehn Kubikmeter in Gießereien von mindestens zwölf Kubikmeter gewährt wird. Geringerer als der unter I Ziffer 2 bezeichnete Luftraum darf in Gießereien nur bis zur Grenze von je 12 Kubikmeter, in Gießereien nur bis zur Grenze von je zehn Kubikmeter und nur unter der Bedingung zugelassen werden, daß durch künstliche Ventilation die regelmäßige Lüftung ausreichend gesorgt und die künstliche Beleuchtung so eingerichtet ist, daß weder strahlende Wärme noch die Arbeiter belästigende Verbrennungsprodukte in die Arbeitsräume gelangen.

IV. Die vorstehenden Bestimmungen treten für neu zu errichtende Anlagen sofort in Kraft. Für Anlagen, die zur Zeit des Erlasses dieser Bestimmungen bereits im Betrieb sind, treten die Vorschriften unter I Ziffer 5 Satz 1, sowie Ziffer 7 bis 9 sofort, die übrigen Vorschriften mit Ablauf eines Jahres nach dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 31. Juli 1897. Der Stellvertreter des Reichsanzlers. Graf v. Posadowsky.

Militärische Nachrichten.

Zum Zeugnis-Zwangverfahren gegen den Münchener Post wird aus Regensburg gemeldet: Der Schuhmacher Johann Hagen, der in der gegen den Münchener Post gerichteten militärgerichtlichen Untersuchung das Zeugnis verweigerte, ist jetzt nach militärgerichtlichem Beschluß zum Vollzug der über ihn wegen dieser Zeugnisverweigerung verhängten dreitägigen Haft durch einen Geheimpolizisten verhaftet worden.

Selbstmord. In Hannover hat sich ein zur Reichsschule abkommandierter Mianerunteroffizier erschossen. Derselbe sollte wegen eines Dienstvergehens sieben Tage strengen Arrest verbüßen.

Beim Gesechtsschießen in der Haide von Harburg wurde durch einen unglücklichen Zufall ein Soldat vom 31. Regiment in Altona von einem Kameraden erschossen.

Aus den Gerichtssälen.

Sandgericht Magdeburg.

Hausfriedensbruch. Der Arbeiter Max Lau geboren 1871, und der Dreher Gustav Müller, 9

die Hunger leiden." Er untersuchte die Tiere genau und maßte mit großer Sorgfalt die sechs aus, die gemästet und dann geschlachtet werden sollten. Man dürfte nicht lange damit warten, denn sonst würden sie verenden, das ist so sicher, wie zwei mal zwei vier.

Gustav machte noch einige Schwierigkeiten, aber Carlsson bestand darauf, sie sollten an Meßer. Sie mußten herbei, so wahr er lebe. Es seien hier noch ganz andere Maßregeln notwendig, in erster Linie aber müsse gutes, trockenes Heu gekauft werden, ehe die Kühe in den Stall getrieben würden. Als Gustav von Heutau den Stall verwarf, verwarf er sich entschieden dagegen; es sei schließlich, Geld für etwas anzugeben, das man selbst braut; aber die Bäuerin brachte ihn zum Schweigen durch die Bemerkung, daß er davon gar nichts verstehe.

Nachdem noch das und jenes beraten worden war, beschloß sie die Ställe, um aufs Feld zu gehen, von welchen ganze Flächen brach lagen.

„Da mein Gott!“, bemerkte Carlsson, als er den guten Boden in so verabscheulicher Weise bewirtschaftet sah. „Ach, Da mein Gott, wie nutzlos! Heutzutage denkt niemand mehr daran, die Felder brach liegen zu lassen. Da ist man einfach Meß und wenn man jedes Jahr Gutes erntet kann, warum sollte man es dann alle zwei Jahre lassen?“

Gustav's Ansicht war, schärfliche Ernten würden den Boden zu sehr auszehren; derselbe müsse ebenso gut auszehren wie der Mensch. Aber Carlsson erklärte ihm ganz richtig, was auch in etwas verabscheulicher Weise, daß Meß den Boden düngt, erspart ihn auszuhängen und ihn außerdem noch von Unkraut frei halte.

„Wer hat jemals davon gehört, daß Soaten den Boden düngen!“ rief Gustav, der nicht viel von Carlsson's geistlicher Abwandlung verstanden hatte und es wollte ihm gar nicht in den Sinn, daß die Pflanzen ihre Nahrung hauptsächlich aus der Luft beziehen.

Dann wurde die Bewässerungsgraben besprochen und voll Grundbesitzer besprochen; sie waren ganz überwachsen und hatten völligen Abgang. Das Getreide stand stellenweise als hohe man es mit der Faust greift und das Unkraut wächst wie ein Wald in den Zwischen. Die Arbeiter waren nicht gerade mit dem ungeliebten Saub, das sich zu einem schrecklichen Rachen präpariert hatte, bedeckt

und ersticke die Gewächse. Die Umzäunungen waren defekt, da und dort waren Brücken weggerissen und alles sah in der That so verwahrloßt aus, wie es die Bäuerlinge gestern abend ihrem Sohne beschrieben hatte. Ab Gustav hörte keineswegs auf Carlsson's Bemerkungen; er meinte sie ab, wie man es mit etwas Unangenehmheit thut, das aus der Vergangenheit unnötig wieder hervorgerufen wird; er fürchtete noch mehr die bevorstehende vermehrten Arbeiten, als die vermehrten Ausgaben, die seine Mutter notgedrungen würde machen müssen.

Auf der ferneren Wanderung durch die Wiesen blüht er denn auch allmählich zurück, und als die anderen den Wald erreicht hatten, war er verschwunden. Die Bäuerlinge ihm ein paar mal ihr: „Hoi!“ nach, aber es erfolgte keine Antwort darauf.

„So mag er denn seinen eigenen Weg gehen“, sagte sie. „Sieht Er, es ist so eine eigene Sache mit meiner Gustav; er möchte nur immer mit der Büchse draußen auf der See sein, bei allem Andern ist er träge und mühselig.“ Darauf brauchte Er nicht zu merken, Carlsson, denn schlimm ist er nicht. Sein Vater wollte mit ihm ein wenig höher hinaus und darum litt er es nicht, daß er als Knecht diente; dabei ließ er ihn aber wie einen Wilden aufwachsen. Als der Knabe zwölf Jahre alt war, hatte er schon sein eigenes Boot und natürlich auch eine Büchse, und seit der Zeit war nichts mehr mit ihm anzufangen. Aber in der letzten Zeit geht es mit dem Fischfang rückwärts und deshalb habe ich mein Augenmerk auf die Landwirtschaft gerichtet; diese bringt mehr ein und ist, im Grunde genommen, sicherer als die Fischerei. Es wäre alles noch ganz gut gegangen, wenn Gustav nur mit den Knechten umzugehen verstände; aber er macht sich mit den Büchsen zu gemein und das taugt nicht für die Arbeit.“

„Nein, Mutter, das taugt durchaus nicht, sich mit den Knechten gemein zu machen“, stimmte Carlsson bei, „und das will ich Euch hier, unter vier Augen, auch nur gleich sagen: wenn ich hier so viel als Overtrecht sein soll, dann wünsche ich in der Stube zu essen und eine kleine Schlafkammer für mich allein zu haben, denn sonst ist von einem Respekt keine Rede und dann komme ich keinen Schritt vorwärts.“

(Fortsetzung folgt.)

